Urheber fordern Taten statt Sonntagsreden

Urheber fordern Taten statt Sonntagsreden

Zum Welttag des Geistigen Eigentums am 26. April hat die Initiative Urheberrecht ihre Forderung an die Politik erneuert, die Rechte und Interessen der Urheber und ausübenden Künstler nicht nur in Sonntagsreden zu betonen, sondern konkrete gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören aus Sicht der Initiative insbesondere:
- die Stärkung des Urhebervertragsrechts, durch die Urhebern und ausübenden Künstlern faire Verträge in der Zusammenarbeit mit den Verwertern gewährleistet und gerechte Honorare durchsetzungsstark gesichert werden,
- Nachbesserungen der Regelungen zur erlaubten privaten Vervielfältigung, um sicher zu stellen, dass angemessene Vergütungen auch zukünftig gezahlt werden,
- eine zügige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Arbeit der Verwertungsgesellschaften, um faire Bedingungen für die Arbeit dieser Gesellschaften in der EU herzustellen,
- Verbesserung der urheberrechtlichen Regelungen für Lehre und Forschung, um den Zugang zu geschützten Werken zu sichern, ohne die Rechtsinhaber zu enteignen.
Die Initiative Urheberrecht fordert die Bundesregierung auf, zur Transparenz in den Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP) beizutragen, insbesondere dafür zu sorgen, dass die kulturelle Identität in Europa gewahrt und das mit öffentlichen Mitteln geförderte Kulturleben in Europa erhalten bleibt.
Die Urheber und ausübenden Künstler befürchten, dass die Existenzbedingungen der Kulturberufe in Europa durch das geplante Freihandelsabkommen zu ihren Lasten und zum Vorteil von Konzernen in den USA entscheidend verändert werden könnten.
Die Initiative Urheberrecht hat im vergangenen Jahr im Rahmen ihres Kongresses "Selbstbestimmung im digitalen Netz - Urheberrecht und Nutzerinteressen in der Balance?" Vorschläge zur Entwicklung des Urheberrechts gemacht, die auf der Website www.urheber.info veröffentlicht wurden. Die Publikation zum Kongress erscheint am 5. Mai.

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)
Charlottenstr. 17
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (0)30/72 62 79 20
Telefax: +49 (0)30/726 27 92 13
Mail: djv(at)djv.de
URL: www.djv.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=563342" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv.de
djv(at)djv.de

Firmenkontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv.de
djv(at)djv.de

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), 1949 gegründet, vertritt die berufs- und medienpolitischen Ziele und Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Er ist politisch wie finanziell unabhängig und handelt ohne sachfremde Rücksichtnahmen. Der DJV achtet und fördert die publizistische Unabhängigkeit seiner Mitglieder. In seiner Kombination aus Gewerkschaft und Berufsverband befindet er sich auf deutlichem Erfolgskurs. Die Entwicklung der Mitgliedszahlen belegt dies: Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Mitglieder von 16.592 (12/88) auf 36.150 (5/00). Dies ist nicht zuletzt auf das umfangreiche Leistungspaket des DJV zurückzuführen: Tarife:Der DJV schließt als Tarifpartei seit 1950 in allen Medien Tarifverträge und überwacht deren Einhaltung.Rechtsschutz:Der DJV und seine Landesverbände beraten in beruflichen Konfliktfällen und bieten freien wie angestellten Journalistinnen und Journalisten Rechtsschutz, vor allem bei arbeits-, steuer- oder urheberrechtlichen Angelegenheiten.Beratung:Der DJV berät und informiert seine Mitglieder beim Abschluss von (Arbeits-)Verträgen, in Ausbildungs- und in Steuerfragen.